



BESCHLUSS

aus der Niederschrift über die 24. Sitzung - Wahlperiode 2014/2020 -
des Rates der Gemeinde Niederkrüchten
vom 14.02.2017

Öffentlicher Teil

3) Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018

554-2014/2020

Gemäß § 9 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) besteht für die Kommunen auch die Möglichkeit, in der Haushaltssatzung Ermächtigungen für zwei Haushaltsjahre auszusprechen. Der Rat der Gemeinde Niederkrüchten hat sich in seiner Sitzung am 27.09.2016 einstimmig für die Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2017/2018 ausgesprochen.

Die Verwaltung hat den Entwurf der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 nebst Anlagen erstellt. Eine Ausfertigung dieses Entwurfs ist jedem Ratsmitglied mit Schreiben vom 01.12.2016 zugestellt worden.

Der Entwurf dieser Haushaltssatzung ist im Amtsblatt am 08.12.2016 bekanntgemacht worden und kann seit dem 09.12.2016 während der Dauer des Beratungsverfahrens (bis zur Sitzung des Rates am 14.02.2017) eingesehen werden. Seitens der Einwohner oder Abgabepflichtigen können innerhalb der Frist von 14. Tagen nach Beginn der Auslegung Einwendungen gegen den Entwurf und seine Anlagen erhoben werden, über die der Rat dann in öffentlicher Sitzung zu entscheiden hat. Solche Einwendungen liegen nicht vor.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 31. Januar 2017 hat Kämmerin Schrievers in der Vorstellung des Haushaltsentwurfs Schwerpunkte dargestellt und die Haushaltslage der Gemeinde ausführlich erläutert.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat daraufhin dem Rat mit 10 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen empfohlen, die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 entsprechend dem vorliegenden Entwurf zu verabschieden.

Ratsmitglied Wahlenberg geht auf die finanziellen Schwierigkeiten zur Verringerung der Defizite im Ergebnishaushalt ein. Es müssten bei der Haushaltskonsolidierung sowohl die Personalausgaben als auch weitere Einsparmöglichkeiten in den Blick genommen werden. Zur Erhaltung des gemeindlichen Eigenkapitals sollten zumindest in Höhe der Abschreibungen entsprechende Investitionen erfolgen.

Die CDU-Fraktion werde die noch vorzulegenden Konzepte gründlich prüfen, bevor sie über die Realisierbarkeit entscheide. Sodann geht Ratsmitglied Wahlenberg auf weitere Schwerpunkte des Haushalts wie Auswirkungen des demografischen Wandels und Schaffung entsprechender Angebote, Leerstands- und Baulückenmanagement, Verkehr und Schaffung neuer Gewerbeflächen im Rahmen der Konversion des Flughafen-geländes ein.

Sodann erklärt Ratsmitglied Wahlenberg, dass die CDU-Ratsfraktion der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 und 2018 zustimmen werde.

Ratsmitglied Mankau sagt, zur mittelfristigen Verbesserung der gemeindlichen Einnahmesituation sei die rasche Erschließung von Gewerbeflächen auf dem Flughafen-gelände erforderlich.

Sodann geht Ratsmitglied Mankau auf die Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung ein, die mit Augenmaß durchgeführt werden sollten. Bei der Beurteilung von Einsparpotentialen sei neben wirtschaftlichen Erwägungen auch die Auswirkungen für die Bürgerschaft zu beachten. Sodann erläutert Ratsmitglied Mankau weitere haushaltsrechtliche Schwerpunkte wie die interkommunale Zusammenarbeit, die Schulentwicklungsplanung, die Jugendeinrichtungen und das Demografiekonzept.

Abschließend erklärt Ratsmitglied Mankau, dass die SPD-Ratsfraktion mit großer Mehrheit der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 zustimmen werde.

Ratsmitglied Szallies weist darauf hin, dass Sparen nicht ohne Abstriche gehe und

daher notwendige Maßnahmen früh und transparent diskutiert werden sollten. Sodann geht Ratsmitglied Szallies auf die Themenbereiche interkommunale Zusammenarbeit, Schulentwicklungsplanung einschließlich Durchführung einer Elternbefragung sowie Neubau eines Hallen- und Freibades in abgespeckter Form ein.

Abschließend erklärt Ratsmitglied Szallies, die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 zustimmen.

Ratsmitglied Lachmann weist auf die aktuelle Bädersituation hin und schlägt zur Kostensenkung die Gründung eines kommunalen Bäderverbundes vor. Sodann geht Ratsmitglied Lachmann auf die Chancen und Risiken der interkommunalen Zusammenarbeit ein.

Abschließend sagt Ratsmitglied Lachmann, die CWG-Ratsfraktion stimme der Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 zu.

Ratsmitglied Gumbel sagt, es sei erfreulich, dass der Haushalt keine Mehrbelastung der Einwohner und der Gewerbetreibenden vorsehe. Der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung werde vor unpopulären Entscheidungen stehen, um größere Defizite zu verhindern.

Abschließend erklärt Ratsmitglied Gumbel, dass die FDP-Ratsfraktion der Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 zustimme.

Ratsmitglied Niggemeyer sagt, die kurz- bis mittelfristige Erschließung von Gewerbeflächen sei von höchster Priorität für die Gemeinde. Auch sei es wichtig, den Wohnungsbau zu forcieren.

Abschließend erklärt Ratsmitglied Niggemeyer, dass die Fraktion DIE LINKE der Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 zustimmen werde.

Ratsmitglied Jans sagt, sie vermisse im Haushalt Transparenz. So seien Mittel für ein Kombibad veranschlagt worden, obschon noch kein entsprechender Ratsbeschluss vorläge. Sie werde daher der Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 nicht zustimmen.

Der Rat beschließt sodann mit 31 Stimmen und 1 Gegenstimme die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 mit ihren Anlagen entsprechend dem vorliegenden Entwurf.